

An der Spitze im Westen



CDU

KREIS HEINSBERG

28. JAHRGANG - 298. AUSGABE
April 2021 Nr. 4

UNION HS

MITGLIEDERZEITUNG DES CDU-KREISVERBANDES HEINSBERG

Mehr Sicherheit auf Fuß- und Radwegen



Foto: iStock



Weitere Themen:

- Fotowettbewerb mit tollen Preisen
- 100-Tage-Bilanz der "Neuen"
- Nistkästen für gefiederte Freunde

INHALT

- 2 Editorial
Infos aus der Kreisgeschäftsstelle
- 3 Resolution von Bündnis 90/
Die Grünen schadet den
Belangen der Betroffenen
Senioren-Union fordert
Aktionsplan gegen Einsamkeit
- 4 Diese unmoralische Masken-
affäre erfordert harte
Konsequenzen!
- 5 Kreispolizeibehörde
Heinsberg bekommt
zusätzliche Stellen
- 6 Reform des Betreuungsrechts
bringt viele Verbesserungen
- 7 Bahnhofsfahrstühle
kommen in Bewegung
630.000 Euro für
integrative Sportstätte
- 8 Finanzieller Volltreffer
für die Sportschützen
Nachruf: Margarete Esser
- 9 Ein Herz für unsere
gefierten Freunde
Fast 3,5 Millionen Euro
für Rad- und Fußwege
- 10-11 100-Tage-Bilanz:
Wie sehen es die „Neuen“?
BUNDESTAGSWAHL
Interessenten können sich
bis zum 28. April melden
- 12 Abgeordnete kritisieren
Mittelverteilung beim
„1000-Bahnhöfe-Programm“
- 13 Bericht von Sabine Verheyen
Erasmus+: neue Programm-
generation und hilfreiche App
- 14 INTERVIEW DES MONATS
mit Landrat Stephan Pusch
- 15 4.000 Teilnehmer
bei Onlineseminaren
Mit Kreativität den
Handel unterstützen
- 16 Bereichern Sie unsere Medien
und gehen Sie auf Fotojagd
Termine 2021

EDITORIAL



Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

diese Zeilen schreibe ich Ihnen aufgrund des Redaktionsschlusses noch vor den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Daher kann ich auf die Wahlen nicht eingehen.

Wir haben im Kreisvorstand aber die Wahlen im Blick, die wir vorbereiten müssen. Das sind zunächst die Wahlen für die Wahlkreis-Vertreterversammlung zur Nominierung der Bundestagsbewerberin oder des Bundestagsbewerbers der CDU für den Kreis Heinsberg. In den drei Gemeindeverbänden und im Stadtverband Erkelenz müssen die Vertreter noch gewählt werden. Die innerparteilichen Formalien lassen nun eine digitale Wahlveranstaltung mit anschließender Briefwahl und der Bekanntgabe des Ergebnisses erneut in einer digitalen Veranstaltung zu. Der CDU-Kreisvorstand hat einstimmig beschlossen, diese Möglichkeit zu nutzen. Die Veranstaltungen sind terminiert und die Einladungen wurden versendet. Zur Vertreterversammlung finden Sie einen besonderen Beitrag in dieser Union HS.

Die Landesgeschäftsstelle hat dringend dazu aufgerufen, auf innerparteiliche Wahlen so lange zu verzichten, bis wir eine deutlich reduzierte Coronalage haben.

Ich bitte Sie, dem in den Orts-, Stadt- und Gemeindeverbänden sowie in den Vereinigungen zu folgen und keine Präsenzveranstaltungen durchzuführen, die nicht unbedingt erforderlich sind.

Der CDU-Kreisvorstand hat einstimmig den Beschluss gefasst, dass Vorstände und Delegierte so lange im Amt bleiben, bis die Pandemielage wieder Wahlen in Präsenzveranstaltungen zulässt. Die CDU-Landesatzung lässt diese Vorgehensweise ausdrücklich zu.

Diese Ausgabe der Union HS erhalten Sie in der Karwoche. Ich wünsche Ihnen ein frohes, gesegnetes Osterfest, alles Gute und vor allem Gesundheit.

Ihr
Bernd Krüchel

INFOS AUS DER KREISGESCHÄFTSSTELLE:

Aufgrund der besonderen Situation (Corona/Covid 19) ist die CDU-Kreisgeschäftsstelle für Publikumsverkehr bis auf Weiteres geschlossen.

Telefonische Terminabsprachen sind möglich.

Wir bitten um Ihr Verständnis.

Die Mitarbeiterinnen der CDU-Kreisgeschäftsstelle wünschen Ihnen ein schönes Osterfest.

Monika Schmitz · Ulrike Heuter · Dunja Temari

Redaktionsschluss Mai-Ausgabe 15.04.2021



Resolution von Bündnis 90/Die Grünen schadet den Belangen der Betroffenen

Mit Verwunderung haben die CDU Erkelenz und ich als Landtagsabgeordneter für Erkelenz auf eine Resolution reagiert, die von Bündnis 90/Die Grünen auf den Weg gebracht wurde.

Hierin wird ein Abrissmoratorium am Tagebau Garzweiler II gefordert. Wir setzen uns ebenfalls dafür ein, dass möglichst viele Flächen vor dem Tagebau gerettet werden, allerdings werden weder die Problemfelder der Menschen, die bereits umgesiedelt sind, noch derjenigen, die diesen Weg noch gehen wollen, in der Resolution berücksichtigt. Auch die Vorgehensweise zu dieser Resolution stößt auf Unverständnis.

Der Rat der Stadt Erkelenz hat im Dezember mit breiter Mehrheit der im Rat vertretenen Parteien einer Stellungnahme der Stadt zur Leitentscheidung zugestimmt. Hierin spricht sich der Rat nochmals gegen den Tagebau aus und es werden Forderungen, u.a. nach Abständen von 1.500 Metern, aufgestellt. Wenn nun weitere Bedingungen gefordert werden, hätten

diese für einen parteiübergreifenden Konsens vor der Veröffentlichung der Resolution mit den anderen Parteien diskutiert werden müssen. Zwingend ist, eine Fortsetzung der Umsiedlung für diejenigen zu sichern, die noch umsiedeln wollen.

Bei mir hat die Zurückhaltung des Gutachtens von BET und EY aus Aachen für große Verärgerung gesorgt. Dieses hätte in den Beratungen des Kohleausstiegsgesetz mit abgewogen werden müssen. Ich setze mich dafür ein, dass sich die Landesregierung für die anstehende Leitentscheidung damit auseinandersetzt und ich bin mir sicher, dass dies auch getan wird. Im Entwurf der Leitentscheidung wird festgesetzt, dass die Abbaurichtung zunächst in Richtung Jackerath geführt wird. Damit entsteht mehr Zeit für Keyenberg und die anderen Dörfer, auch um auf neue Erkenntnisse reagieren zu können.

Ein Abrissmoratorium wie in der Resolution gefordert, würde dem entgegenstehen, da dann auch Lützerath und Immerath zunächst nicht in Anspruch genommen werden könnten.

Von der Inanspruchnahme dieser Dörfer geht jedoch auch das oben genannte Gutachten aus.

Auch für mich müssen in einer solchen Resolution die Belange der Umsiedler Erwähnung finden, sie haben schließlich auf die damalige Leitentscheidung von Rot-Grün vertraut. Das hierauf in der Resolution nicht eingegangen wird, wird deren bislang erbrachten Opfer nicht gerecht und schafft weitere Unsicherheiten.

Die Grünen haben erst nach Veröffentlichung der Resolution die anderen Parteien in der Stadt Erkelenz hierüber informiert und um Zustimmung gebeten.

Die Berücksichtigung der Belange der Umsiedler in der Resolution wurde abgelehnt. Daher ist davon auszugehen, dass es hier nicht darum ging, einen möglichst breiten Konsens zu schaffen, sondern vielmehr, die anderen Parteien und auch die gewählten Abgeordneten vor vollendete Tatsachen zu stellen. Dies schadet dem gemeinsamen Kampf gegen den Tagebau und den Belangen aller Betroffenen.

Thomas Schnelle

Senioren-Union fordert Aktionsplan gegen Einsamkeit

Ein Jahr nach Ausbruch der Coronapandemie warnt die Senioren-Union der CDU im Kreisverband Heinsberg eindringlich vor der zunehmenden Vereinsamung älterer Menschen.

„Isolation kann Menschenleben kosten“, sagte der Kreisvorsitzende der Senioren-Union, Hans-Josef Heuter. „Depressionen, Schlaganfälle und Herzinfarkte nehmen nicht nur in der älteren Generation erschreckend zu.“ Heuter verwies auf eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Altersfragen, wonach sich jede siebte Person ab 46 Jahren einsam fühlt. „Wir müssen uns diesen schwerwiegenden Folgen der Pandemie verstärkt widmen“, fordert er einen wirksamen

Aktionsplan gegen Einsamkeit. Dieses Thema will er bei der konstituierenden Sitzung des Beirates für Generationenfragen des Kreises Heinsberg zur Sprache bringen. Bereits in seinem Leserbrief zu Beginn der Coronapandemie habe er auf das Problem hingewiesen, wo es um die Sachfrage des „behüteten Einsperrens“ ging. Bereits da habe man die Erkenntnis gewonnen, dass das Leben in überlanger Quarantäne für ältere Menschen eine Abgeschiedenheit und Vereinsamung bedeutet. In diesem Zusammenhang werde die Senioren Union im Beirat ihre Vorstellungen im Sinne des Programmbeitrages zur „Integrativen Seniorenberatung“ einbringen, in dem die Kümmer-

nis um vereinsamte Menschen explizit beschrieben ist. Vor allem geht es der Senioren Union darum, die integrative Seniorenbetreuung zu ergänzen und neben den kirchlichen und sozialen Organisationen auch eine staatliche Koordinationsaufgabe pro Stadt, Ort oder Quartier sicherzustellen.

Redaktionsteam Union HS

Foto: Pixabay



Diese unmoralische Maskenaffäre erfordert harte Konsequenzen!

Anfang März wurde bekannt, dass zwei Bundestagsabgeordnete von CDU und CSU Provisionen in sechsstelliger Höhe dafür entgegengenommen haben, den Kontakt zwischen Politik und schutzmaskenproduzierenden Unternehmen hergestellt zu haben.

Es steht der Verdacht der Bestechlichkeit im Raum. Vor fast genau einem Jahr, zu Beginn der Pandemie, die bei uns im Kreis zuerst wütete, war der Mangel an Schutzausrüstung für einige Wochen das bestimmende Thema der Virusbekämpfung. Wir erinnern uns noch gut, wie unser Landrat Stephan Pusch persönlich einen Brief an die Volksrepublik China sandte und um Hilfe bat, da es schlicht zu wenig Masken gab. Wir erinnern uns auch, wie wir selbst und einige unserer Kollegen aus dem Landtag sich für den Kreis eingesetzt haben, Kontakte zwischen Firmen herzustellen, um so schnell wie möglich an Schutzmasken heranzukommen. Dass es Personen gab, die in solchen Krisenzeiten überhaupt die Zeit fanden, sich Gedanken zu machen, wie man sich in -oder anhand- dieser Not noch persönlich bereichern könnte, ist für uns mehr als unverständlich.

Wir sind schockiert, erschüttert und fassungslos über dieses Verhalten. Wir distanzieren uns von einer solchen Verhaltensweise aufs Allerschärfste. Unser Verständnis von Politik ist es, dass alle Mandatsträger und Akteure nah an den Bürgerinnen und Bürgern sind, dass sie ansprechbar sind, dass sie die Sorgen und Nöte der Menschen aufnehmen, Probleme und schwierige Situationen lösen.

Dem Land, der Gesellschaft und den Bürgerinnen und Bürgern ist zu dienen. Eine Pandemie ist eine äußerst schwierige Situation, in der es Politiker braucht, die anpacken und mit dem Blick für die Gesellschaft Lösungen erarbeiten.

Egal in welcher Situation sich das Land befindet, und erst Recht in einer Pandemie, verbietet es sich, als Politiker eigennützig, gierig und selbstsüchtig zu sein. Wer meint, diese Eigenschaften mit einem politischen Mandat verbinden zu wollen, der hat die Bedeutung des Mandats nicht verstanden und ist für ein politisches Mandat nicht geeignet.

Wir fordern daher, dass die Vorfälle schnellstmöglich aufgeklärt werden und harte Konsequenzen folgen. Die Führung der CDU/CSU-Bun-

destagsfraktion hat nun umfangreiche Maßnahmen zur Aufklärung der Maskenaffäre und Prävention vergleichbarer Fälle in der Zukunft beschlossen. Ministerpräsident Armin Laschet hat als CDU-Vorsitzender das Fehlverhalten von Bundestagsabgeordneten unmissverständlich verurteilt und umgehende persönliche Konsequenzen gefordert. Nachdem diese in den betreffenden Einzelfällen erfolgt sind, hat Armin Laschet die Ausweitung dieser verschärfte Regeln auch auf die Landtage vorgeschlagen. Die Politik versucht mit allen Mitteln, die Menschen zu schützen. „Wer dann Geschäfte macht mit diesem Schutz, wer sich daran persönlich bereichert – der ist kein Volksvertreter. Und der muss das Parlament auch schleunigst verlassen“, sagte Laschet dem ARD-Hauptstadtstudio. Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus bezeichnete die „Maskenaffäre“ als „fürchterlichen Vorgang“, der dem Ansehen des Parlaments schade. Er halte es für „dringend geboten“, dass Löbel und Nüßlein ihre Bundestagsmandate aufgeben. Es sei eine moralische Frage der beiden Abgeordneten, wie sie damit umgingen. CSU-Chef Markus Söder mahnte, die beiden Abgeordneten sollten

So erreichen Sie Bernd Krüchel:

Düsseldorfer Büro

Tel.: 0211/8842764

Fax: 0211/8843319

E-Mail: bernd.krueckel@landtag.nrw.de

So erreichen Sie Thomas Schnelle:

Düsseldorfer Büro

Tel.: 0211/8842780

Fax: 0211/8843319

E-Mail: thomas.schnelle@landtag.nrw.de

Wahlkreisbüro Tel.: 02433/85054 · Wildauer Platz · 41836 Hückelhoven

„umgehend reinen Tisch machen“. Integrität und Anstand, wie sie Armin Laschet zu Recht für alle CDU-Bundstagsabgeordneten einfordert, sind unverzichtbare Voraussetzungen auch für die Tätigkeit als Abgeordneter hier in Nordrhein-Westfalen. In diesem Sinne hat die CDU-Fraktion im Landtag beschlossen, ein eigenes Regelwerk für die CDU-Abgeordneten in Nordrhein-Westfalen einzuführen, um die

Möglichkeit, dass solche „Schwarze Schafe“ sich auch in NRW zeigen, von vorneherein auszuschließen. Über die bestehenden Verhaltensregeln des Landtages Nordrhein-Westfalen hinaus werden wir uns als CDU-Landtagsfraktion einen Verhaltenskodex geben, der ein Regelwerk einführt, das klar definiert, welches Verhalten wir von einem CDU-Landtagsabgeordneten erwarten.

Für alle gilt: Entgeltliche Beratungs- oder Vermittlungstätigkeiten, die in einem direkten Zusammenhang mit dem Mandat stehen, sind auszuschließen!

Um die Einhaltung und Durchsetzung des Verhaltenskodex sicherzustellen, werden wir einen Compliancebeauftragten ernennen, der dem Geschäftsführenden Fraktionsvorstand regelmäßig berichtet.

Bernd Krückel

Kreispolizeibehörde Heinsberg bekommt zusätzliche Stellen

Innenminister Herbert Reul hat die Verteilung der 500 Stellen für die Tarifbeschäftigten (sog. Angestellte bzw. Polizeiverwaltungsassistenten) festgelegt, die von den Kreispolizeibehörden in diesem Jahr eingestellt werden können.

Nachdem die Kreispolizeibehörde Heinsberg bereits in den Jahren 2018 und 2019 jeweils fünf, und im Jahr 2020 sogar sechs neue Stellen erhalten hat, wird sich die Heinsberger Polizei in diesem Jahr über weitere fünf neue und zusätzliche Stellen freuen.

Das bedeutet einen Stellenzuwachs bei den Regierungsbeschäftigten von 21 Stellen oder 38,22 Prozent in nur vier Jahren. Damit profitiert die Kreispolizeibehörde Heinsberg seit Jahren von der klaren Schwerpunktsetzung der NRW-Koalition im Bereich der Inneren Sicherheit. Im Jahr 2017 hatte unsere Polizei gerade einmal etwas mehr als 43 Stellen für Tarifbeschäftigte. Letztes Jahr waren es schon knapp 60. Eine Zahl, die sich nun auf 65 erhöhen wird. Die zusätzlichen Stellen tragen erneut dazu bei, die Polizistinnen und Polizis-



Die Heinsberger Kreispolizeibehörde darf sich erneut über fünf neue Stellenbesetzungen freuen.

ten von administrativen Aufgaben zu entlasten, damit sie sich vermehrt und verstärkt auf die Kernaufgabe der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung konzentrieren können. Regierungsbeschäftigte sind in vielfältigen Bereichen der Polizei tätig. Sie werden in den Geschäftszimmern der Kriminalkommissariate eingesetzt, messen Geschwindigkeiten, sichern Spuren und sind in der Prävention, in der Pres-

stelle und bei der Auswertung von Datenträgern sehr erfolgreich tätig. Wir freuen uns sehr darüber, dass wir zum wiederholten Male die Stellen in der Kreispolizeibehörde Heinsberg erhöhen und so für nachhaltige Entlastungen sorgen. Daneben wird unsere Polizei weiter von den erhöhten Einstellungszahlen bei den Polizeianwärterinnen und -anwärtern profitieren.

Thomas Schnelle

JAHR	STELLENENTWICKLUNG IM TARIFBEREICH	QUELLE
2017	43,09	Belastungsbezogene Kräfteverteilung für Kreispolizeibehörden für das Jahr 2019, Aktenzeichen: IM NRW – 401-58.25.01, Stand: Juli 2019, Punkt 3.2, Seite 15
2018	48,15	
2019	53,48	
2020	59,56	Wie vorstehend, Stand: Juli 2020, Seite 16



Reform des Betreuungsrechts bringt viele Verbesserungen

Im Jahr 2015 beanstandete der UN-Vertragsausschuss in seinen „Abschließenden Bemerkungen zur 1. Staatenprüfung Deutschlands zur UN-Behindertenrechtskonvention“ das deutsche Betreuungsrecht als nicht vereinbar mit der UN-BRK.

Auch wenn Deutschland dies anders bewertete, nahm man die Empfehlung zum Anlass, das Betreuungsrecht zu überarbeiten und zu prüfen, wie Erforderlichkeitsgrundsatz und Qualität der rechtlichen Betreuung gestärkt werden können.

Nach einem umfangreichen Gesetzgebungsprozess unter Einbindung aller Betroffenen kommt es nun zu folgenden Verbesserungen:

- Es wird klarer geregelt, dass die rechtliche Betreuung in erster Linie eine Unterstützung des Betreuten bei der Besorgung seiner Angelegenheiten durch eigenes, selbstbestimmtes Handeln gewährleistet und der Betreuer das Mittel der Stellvertretung nur einsetzen darf, soweit es erforderlich ist.
- Der Vorrang der Wünsche des Betreuten ist nun zentraler Maßstab des Betreuungsrechts. Er gilt gleichermaßen für das Betreuerhandeln, die Eignung des Betreuers und die Wahrnehmung der gerichtlichen Aufsicht.
- Die Betroffenen werden in sämtlichen Stadien des Betreuungsverfahrens besser informiert und stärker eingebunden. Insbesondere in die gerichtliche Entscheidung über das Ob und das Wie der Betreuerbestellung, in die Auswahl des konkreten Betreuers, aber auch in dessen Kontrolle durch das Betreuungsgericht.
- Ehrenamtliche Betreuer erhalten zur Unterstützung eine enge Anbindung an einen anerkannten Betreuungsverein.
- Zur Sicherstellung einer einheitlichen Qualität der beruflichen Betreuung wird ein formales Registrierungsverfahren eingeführt.

- Der Erforderlichkeitsgrundsatz soll im Vorfeld der Betreuung, insbesondere an der Schnittstelle zum Sozialrecht, effektiver umgesetzt werden. Eine zentrale Rolle spielt hier das neue Instrument einer „erweiterten Unterstützung“. Damit schaffen wir eine neue niedrigschwellige Möglichkeit, andere Hilfen zu vermitteln und so eine Betreuung zu vermeiden. Die Länder haben die Aufgabe, diese „erweiterte Unterstützung“ einzurichten. Die Beratungs- und Unterstützungspflichten nach den Sozialgesetzbüchern bleiben daneben selbstverständlich erhalten.
- Die Prozessfähigkeit der Betreuten bleibt künftig erhalten.
- Betreuungen, die gegen den Willen der betreuten Person eingerichtet werden, sollen spätestens nach zwei Jahren überprüft werden.
- Ein Ehegattenvertretungsrecht bei der Gesundheitsvorsorge wird eingeführt.
- Eine Sterilisation gegen den Willen behinderter Frauen ist nicht mehr möglich.

Das Gesetz regelt jedoch nicht die Finanzierung der barrierefreien Kommunikation, wie beispielsweise Kosten für Gebärdensprachdolmetscher. Ich begrüße daher die Absicht der Justizministerin, dies im Rahmen der Neuregelung der Betreuervergütung nachzuholen.

So erreichen Sie Wilfried Oellers:

Wahlkreisbüro

Schafhausener Str. 42

52525 Heinsberg

Tel.: 02452 - 9788120

Fax: 02452 - 9788125

E-Mail: wilfried.oellers@bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 22777231

Fax: 030 - 22776233

E-Mail: wilfried.oellers@bundestag.de

Web: www.wilfried-oellers.de

Facebook: <https://www.facebook.com/WilfriedOellers.CDU>

Bahnhofsfahrstühle kommen in Bewegung

Im Rahmen des Projekts „Rhein-Ruhr-Express (RRX)-Außenäste“ nahm die Deutsche Bahn die Ausbauten der Bahnhöfe Geilenkirchen, Lindern und Baal in Angriff.

Bestandteil dieser Ausbauten sind nicht nur die bereits abgeschlossenen Verlängerungen und höhenmäßigen Anpassungen der Bahnsteige, sondern auch die Herstellung der Barrierefreiheit der Bahnhöfe. Alle Arbeiten wollte die Deutsche Bahn ursprünglich bis Ende 2019 fertigstellen.

Konnten die Arbeiten an den Bahnsteigen fristgerecht fertiggestellt werden, so stockt der Ausbau der Barrierefreiheit, insbesondere der Einbau der Fahrstühle, bis heute.

Hierzu intervenierte ich gemeinsam mit weiteren Mitstreitern wiederholt bei der Deutschen Bahn, da sich die Bürgerinnen und Bürger zu Recht über den Zustand nicht fertiggestellter Arbeiten an den Bahnhöfen beschwerten.

Die Deutsche Bahn begründete den stockenden Ausbau mit planungstechnischen Schwierigkeiten, die die Arbeiten überraschend verzögert haben. In allen Gesprächen bestätigte die Bahn, dass sie mit Hochdruck an der Fertigstellung arbeite. Nun bestätigte die Deutsche Bahn, dass die Arbeiten am Bahnhof Geilenkirchen, bezogen



Die Deutsche Bahn will die Arbeiten am Geilenkirchener Bahnhof zügig wieder aufnehmen.

auf den verzögerten Bauplan (Fertigstellung Ende 2021), vorzeitig wieder aufgenommen werden können.

Die Arbeiten an der Überdachung an den Gleisen 2 und 3 sind zwischenzeitlich fertiggestellt. Die Einhausungen für die Fahrstühle werden derzeit gebaut. Die Fahrstühle sollen allerdings erst Ende 2021 eingebaut werden.

Mit der Deutschen Bahn stehe ich weiterhin im Kontakt, dass dieser Einbau ebenfalls vorgezogen wird. Am Bahnhof Lindern sind die Fahrstühle bereits eingebaut, die Inbetriebnahme steht kurz bevor. Die Fahrstühle am Bahnhof Baal sollen im zweiten Quartal dieses Jahres eingebaut werden.

630.000 Euro für integrative Sportstätte

Der Deutsche Bundestag hatte im Oktober 2020 die Mittel für das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen im Bereich Sport, Jugend und Kultur“ um weitere 600 Millionen Euro für das Jahr 2021 aufgestockt.

Das ist in diesen schwierigen Zeiten das richtige Signal, um kommunale Investitionen zu fördern und kommunale Haushalte zu entlasten. Das Bundesprogramm fördert investive Projekte mit besonderer regionaler oder überregionaler Bedeutung.

Auch die Wirkung der Projekte für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die soziale Integration in der

Kommune und die Stadt(teil)entwicklungspolitik spielen eine Rolle. Die Projekte sollen darüber hinaus einen Beitrag zum Klimaschutz aufweisen und über ein überdurchschnittliches Investitionsvolumen oder hohes Innovationspotenzial verfügen.

Insgesamt gingen etwa 1.300 Förderanträge beim Bund ein.

Nun hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in einer ersten Vergaberunde 400 Millionen Euro vergeben.

Aus dem Kreis Heinsberg hatten mehrere Kommunen einen Förderantrag gestellt. Bei meinen Kollegen aus dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hatte ich

für alle Projekte geworben.

Aus dem Kreis Heinsberg hat schließlich der Antrag der Stadt Heinsberg eine Förderung von 630.000 Euro erhalten. Sie hatte einen Förderantrag zur Aufwertung des alten Sportplatzes „Heinsberg-Lieck“ zu einem integrativen, multifunktionalen Spiel- und Sportplatz gestellt.

Die neu entstehende Spiel- und Sportstätte soll funktional in das Angebot eines im Einzugsbereich liegenden Jugendzentrums einbezogen werden.

Die nicht geförderten Projekte haben in der zweiten Vergaberunde im Mai/Juni 2021 die Möglichkeit, eine Förderung zu erhalten.

Finanzieller Volltreffer für die Sportschützen

In den letzten Ausgabe von Union HS haben wir fast immer über Orte und Vereine geschrieben, die sich über Fördergelder zur Verbesserung ihrer Sportstätten freuen konnten.



Die Hückelhovener Sportschützen dürfen sich über eine Finanzspritze freuen.

Foto: Pixabay

Das soll auch in dieser Ausgabe nicht anders sein, und dieses Mal sind es die Hückelhovener, die sich freuen dürfen. Wie unser Landtagsabgeordneter Thomas Schnelle verrät, erhält der Schießsportverein Rurtal Hückelhoven e.V. 204.000 Euro für die Modernisierung seiner Schießsportanlage. Der Verein wird mit den Fördergeldern verschiedenste Um- und Ausbaumaßnahmen vornehmen, unter anderem eine Verbesserung des Schallschutzes, eine barrierefreie Nutzbarmachung durch mobile Schießtische und auch überfällige Sanierungsarbeiten.

„Mit dem Förderbescheid können die Verantwortlichen der Vereine mit den Arbeiten beginnen.

Ich freue mich sehr, dass der Hückelhovener Verein schon bald die Möglichkeit hat, eine moderne und bedarfsgerechte Sportstätte anzubieten. Denn nur wenn Sportstätten auf dem neuesten Stand sind, können die Vereine ihre wichtige Aufgabe in unserer Gesellschaft wahrnehmen“, so Thomas Schnelle. **Redaktionsteam Union HS**

Nachruf

Am 12. Februar 2021 verstarb

Frau Margarete Esser aus Heinsberg

im Alter von 85 Jahren.

Die für uns unerwartete Nachricht hat uns sehr betroffen gemacht. Margarete Esser war bis zu ihrem Lebensende ein überaus liebenswerter, hilfsbereiter und engagierter Mensch. Sie hat sich über viele Jahrzehnte im Vereinsleben und politisch in ihrer Heimatstadt Heinsberg und hier insbesondere in der FRAUEN UNION engagiert. Für die Interessen und die Förderung der Frauen setzte sie sich aktiv ein und vertrat die Interessen der FRAUEN UNION DES KREISVERBANDES HEINSBERG über viele Jahre nicht nur als stv. Kreisvorsitzende, sondern auch als Delegierte zum Bundes-, Landes- und Bezirksverband. Bis zu ihrem Lebensende gehörte sie dem Kreisvorstand der FRAUEN UNION DES KREISVERBANDES HEINSBERG an. Sie bereicherte unsere Vereinigung mit ihren lebensklugen, besonnenen, stets aktuellen und an der Lebenswirklichkeit orientierten und gut recherchierten Anregungen und Beiträgen. Wir, die FRAUEN UNION DES KREISVERBANDES HEINSBERG, trauern voller Dankbarkeit um eine vorbildliche und von christlichen Überzeugungen geprägte Frau. Wir werden sie schmerzlich vermissen und ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Unser tiefes und aufrichtiges Mitgefühl gilt ihrer Familie.

Mit stillem Gruß

FRAUEN UNION DES KREISVERBANDES HEINSBERG

Karin Mainka

Vorsitzende

Nachruf

Am 12.02.2021 verstarb nach kurzer schwerer Krankheit Margarete Esser, CDU-Mitglied im Stadtverband Heinsberg und Ehrenvorsitzende der Frauen Union Heinsberg.

Margarete Esser war mehr als viereinhalb Jahrzehnte in vielen Parteiliegungen aktiv, sowohl auf Kreisebene als auch auf Stadtebene. Bis kurz vor ihrer schweren Krankheit brachte sie sich in ihrem Ortsverband, im Kreisvorstand der Frauen Union und im Vorstand der Frauen Union Heinsberg aktiv ein. Nachdem sie 16 Jahre die Frauen Union im Stadtverband Heinsberg geführt hatte, gab sie 2009 den Vorsitz in jüngere Hände und begleitete seitdem die Frauen Union als Ehrenvorsitzende.

Sie setzte sich stets uneigennützig und unermüdlich in ihrer einfühlsamen, respektvollen und konstruktiven Art für die Belange ihrer Mitmenschen ein.

Wir verlieren in Margarete Esser eine Weggefährtin, die uns in ihrer Mitmenschlichkeit sehr nahe stand.

Wir trauern um sie und gedenken ihrer vielen Verdienste für die CDU in großer Dankbarkeit. Wir werden ihr stets ein dankbares und ehrendes Andenken bewahren.

Unser tiefes Mitgefühl gilt ihrer Familie.

CDU-Stadtverband Heinsberg

Thomas Back
Stv. Vorsitzender

Ortsverband Oberbruch

Hamid Alishahi
Vorsitzender

Frauen Union im CDU-Stadtverband Heinsberg

Inge Schmitz
Vorsitzende

Ein Herz für unsere gefiederten Freunde

Jedes Jahr im Winter ... nein im Frühjahr - suchen unsere Vögel die Stellen, wo sie geschützt und komfortabel ihre Nester bauen können, um ihren Nachwuchs aufzuziehen.



Oliver Stoffels klettert hoch hinauf, damit er die Nistkästen anbringen kann.

So haben auch in diesem Jahr wieder die CDU Ortsverbände Boscheln, Übach und Scherpenseel nach möglichen Stellen gesucht, um Nistkästen anzubringen.

Der CDU Ortsverband Boscheln hat am Friedhof fünf Nistkästen für Vögel und drei Nistkästen für Fledermäuse angebracht. Der CDU Ortsverband Übach hat an der Jahresbaumallee sechs Nistkästen für Vögel installiert. In Scherpenseel wurden ein Nistkasten am Ortseingang und fünf weitere an den Kastanienbäumen am Hühnermarkt befestigt.

Bei diesen Aktionen wurden auch die Nistkästen aus den Vorjahren kontrolliert und gereinigt.

Hoffen wir, dass Sie bald bewohnt werden und dann reichlich Nachwuchs dort aufgezogen wird.

Neben den regelmäßigen Reinigungsaktionen in den Stadtteilen, die die



Auch Walter Junker hat den idealen Platz für einen Nistkasten gefunden (ohne Foto: Robert Kohnen und Dietmar Lux sind ebenfalls akrobatisch in die Bäume geklettert, um den Vögeln eine Brutstätte zu bereiten).

CDU Ortsverbände durchführen, kommt auch der Naturschutz, der uns sehr am Herzen liegt, nicht zu kurz.

Monika Lux

Fast 3,5 Millionen Euro für Rad- und Fußwege

Das NRW-Verkehrsministerium hat in dieser Woche den ersten Teil des „Förderprogramms Nahmobilität 2021“ veröffentlicht.

Mit hohen Summen ist erstmals auch der Bund für Projekte vor Ort mit dabei. 156 Maßnahmen in ganz Nordrhein-Westfalen werden mit rund 50 Millionen Euro gefördert – auch der Kreis Heinsberg profitiert hier. Die Förderquote der Gelder von Bund und Land NRW beträgt für die Kommunen 80 bis 95 Prozent.

Dazu erläutern Wilfried Oellers und Thomas Schnelle: „Mobilität besser, sicherer und sauberer zu machen, ist das Ziel unserer Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen.“

Nicht erst seit der Coronapandemie erlebt das Fahrrad einen wahren Boom. Immer mehr Menschen in NRW nutzen ihr Rad oder E-Bike in der Freizeit und für den täglichen Weg zur Arbeit. Gut ausgebaute Rad- und Fußwege bedeuten deshalb neben mehr Sicherheit auch mehr Lebensqualität in unseren Kommunen.



Von Bund und Land fließt viel Geld in den Ausbau von Rad- und Gehwegen.

Foto: Pixabay

Nordrhein-Westfalen und der Bund unterstützen Städte und Gemeinden finanziell, den Rad- und Fußgängerverkehr vor Ort zu verbessern. So wird Kreisen, Städten und Gemeinden geholfen, die beispielsweise in Rad- und Gehwege oder Fahrradabstellanlagen, Wegweisungssysteme oder in ihre Öffentlichkeitsarbeit investieren. Auch der Kreis Heinsberg profitiert direkt vom Förderprogramm Nahverkehr 2021 und kann insgesamt 3.441.800 Euro aus dem Programm abrufen. Den größten Posten macht hierbei der Bau des Radwegs auf der ehemaligen Bahntrasse Baal-Ratheim aus, der mit 2.832.000 Euro gefördert wird. Daneben wird die Sanierung des Radwegenetzes in Wegberg, sowie in Erkelenz der Neubau von Radwegen in Schwanenberg und Holzweiler gefördert! Wir wollen mit der Förderung der Nahmobilität ein attraktives Verkehrsnetz ausbauen, aus dem jeder Einzelne wählen kann. Damit leben wir nicht nur gesünder, sondern tun auch etwas für das Klima.“

Redaktionsteam Union HS

100-Tage-Bilanz: Wie sehen es die „Neuen“?

Eins haben alle „Neuen“ der CDU-Kreistagsfraktion gemeinsam: Es ist ihr Ziel, den Kreis und seine Städte/Gemeinden voranzubringen und mit guter Arbeit das Leben vor Ort so zu verbessern, dass Jung und Alt weiter im Kreisgebiet leben wollen und es nicht nur als preiswerte Schlafmöglichkeit gesehen wird.

Doch die Herangehensweise und Herausforderungen, auf die sie treffen, meistert jede/r von ihnen auf eigene Art und Weise. So sieht **Monika Lux** ihren politischen Schwerpunkt in der Arbeit des Ausschusses für Gesundheit,

Soziales und Generationenfragen: „Der demografische Wandel und das gerechte Miteinander der Generationen sind mir schon immer eine Herzensangelegenheit“, sagt die gelernte Sozialversicherungsfachangestellte, die bereits seit 2014 als sachkundige Bürgerin den Schulausschuss in Übach-Palenberg begleitet hat und auch im Kreis an diesen Punkt anknüpft.

Betriebswirt **Dirk Schulze** sieht sein Betätigungsfeld vorrangig im Kreisausschuss und Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel. Hier, sowie im Rechnungsprüfungsausschuss, haben der Diplom-Volkswirt

Dr. Roland Schiefer und der selbstständige Kaufmann **Marcell Holländer** ihre Arbeitsschwerpunkte.

Bastian Baltes sieht seine Kompetenzen als Diplom-Kaufmann im Finanz- sowie im Rechnungsprüfungsausschuss. **Joey Kuck** bringt sich und seine Erfahrung als Lehrer zugunsten des Jugendhilfe- und Schulausschusses ein und vertritt zudem die jüngere Generation.

Diplom-Ingenieur **Frank Sonnenschein** wurde der Wunsch erfüllt, im Ausschuss für Kultur, Partnerschaft und Tourismus, sowie dem Jugendhilfeausschuss mitzuarbeiten. „Als gelernter

	NAME	WOHNORT	AUSSCHÜSSE
	Thomas Cassel	Wegberg	Finanzausschuss, Bauausschuss, Kreispolizeibeirat
	Dirk Schulze	Wassenberg	Kreisausschuss, Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel
	Frank Sonnenschein	Wassenberg	Jugendhilfeausschuss, Ausschuss für Kultur, Partnerschaft u. Tourismus, Schulausschuss
	Roland Schiefer	Erkelenz	Rechnungsprüfungsausschuss, Ausschuss für Umwelt, Klima, Verkehr und Strukturwandel, Kuratorium Anton-Heinen-Volkshochschule
	Marcell Holländer	Hückelhoven	Rechnungsprüfungsausschuss, Bauausschuss, Finanzausschuss, Kuratorium Anton-Heinen-Volkshochschule
	Bastian Baltes	Heinsberg	Rechnungsprüfungsausschuss, Finanzausschuss
	Joey Kuck	Heinsberg	Jugendhilfeausschuss, Schulausschuss
	Monika Lux	Übach-Palenberg	Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Generationenfragen, Schulausschuss
	Stephanie Jabusch-Pergens	Gangelt	Jugendhilfeausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, Finanzausschuss

Banker fühle ich mich im Finanzausschuss genau richtig“, sagt **Thomas Cassel**. Dem stimmt **Stephanie Jabusch-Pergens** als Diplom-Finanzwirtin zu, doch ist ihr zweiter Schwerpunkt auch in der Arbeit für Kinder und Jugendliche angesiedelt.

Bei den Kommunalwahlen im September 2020 haben alle 27 CDU-Direktkandidatinnen und -kandidaten ihr Mandat erhalten oder wurden erneut bestätigt und erfreulicherweise zog ein Platz über die Reserveliste. So konnte die Fraktion ihre Mehrheit im 54-köpfigen Kreistag behalten. Zum 1. November 2020 begann offiziell die neue Wahlperiode. Nach 100 Tagen ziehen die neun „Neuen“ der Fraktion eine erste Bilanz.

Die Coronapandemie hat die ersten Monate stark geprägt und bislang sind viele der geplanten Sitzungen entfallen, verschoben oder online durchgeführt worden. Eine umfassende Einschätzung zu ihrer neuen politischen Aufgabe fällt den Neumitgliedern daher schwer.

Doch unter den neun neuen Kreistagsmitgliedern sind mit Bastian Baltes und Marcell Holländer auch zwei „erfahrenere Herren“ dabei, die bereits als sachkundige Bürger die CDU-Fraktion unterstützt und das normale Geschäft etwas besser kennengelernt haben.

„Nach elf Jahren Ratsarbeit in Erkelenz fühle ich mich nicht als ‚Neuer‘ im Kommunalparlament, auch wenn das

für die Kreistagsfraktion zutrifft. Ich freue mich, die Erfahrung aus dem Rat nun in den Kreistag einbringen zu können, denn als Kreis sind wir der Zusammenschluss der Städte und Gemeinden. Es hilft, die andere Perspektive zu kennen“, sagt Dr. Roland Schiefer; dem können einige der Mandatsträger/innen für den Kreistag zustimmen, doch gibt es hier auch frischgebackene Kommunalpolitiker/innen.

Allesamt waren jedenfalls froh, dass die ersten beiden Fraktionsitzungen und einige Vortreffen bislang in Präsenz stattfinden konnten. Dass man aber trotz des netten und offenen Empfangs der „alten Hasen“ noch nicht richtig angekommen ist, bleibt Corona geschuldet.

Besonders die gemeinsame und konstruktive Art an der Gestaltung des Kreises mitzuarbeiten, begeistert die Fraktionsneulinge. Diese disziplinierte Art klappt auch bei den aktuellen Onlinebesprechungen erfreulich gut. Immerhin sind es rund 30 Teilnehmer/innen. Dank einer guten Organisation und Moderation wird sehr effektiv gearbeitet. Jeder und jede bringt sich ein, die Informationen fließen zeitnah, und das Diskussionsklima ist geprägt von Vertrauen, Offenheit und Loyalität. In diesem Zusammenhang wird auch die Tätigkeit der Geschäftsstelle mit **Martin Kliemt** und **Daniel Reichling** gelobt; beide leisten hervorragende Arbeit und geben der Fraktion viel Unterstützung.

Nach der Wahl standen zunächst die Gründung von Fraktion und Kreistag sowie die Bildung der Ausschüsse und vieler weiterer Gremien an. „Unsere Fraktion hat eine gute Mischung aus Erfahrung und frischem Wind und ich freue mich, dass wir nach wie vor über unterschiedliche, fundierte Kompetenzen verfügen, die wir in den verschiedenen Fachausschüssen auch brauchen“ sagt **Harald Schlöber**, Vorsitzender der Kreistagsfraktion. Gleichwohl, und da sind sich alle „Neuen“ einig, freue man sich auf bessere Zeiten, wenn die Fraktions- und Ausschussbesprechungen wieder als Präsenzveranstaltungen stattfinden. Oder wenn wieder eine Klausurtagung abgehalten werden kann, bei der neben der politischen Arbeit auch das persönliche Miteinander und die Fraktionsgemeinschaft intensiviert wird. Denn die persönlichen Gespräche sind immer noch am schönsten. „Wir sind hochmotiviert. Und es macht sehr viel Spaß.“ Mit diesen Worten fassen Stephanie Jabusch-Pergens und Joey Kuck ihre Arbeit seit Anfang letzten Novembers zusammen. Im Ergebnis haben die ersten Monate allen sehr gut gefallen und entsprechend positiv war auch die Einschätzung der neun „Neuen“ für die 100-Tage-Bilanz.

**Redaktions-
team der
Kreistags-
fraktion**



BUNDESTAGSWAHL

Interessenten können sich bis zum 28. April melden

Die Bundestagswahl am 26. September 2021 wird derzeit in der CDU auf allen Ebenen vorbereitet.

Für den CDU-Kreisverband Heinsberg ist die Nominierung der Kandidatin oder des Kandidaten die wichtigste Veranstaltung bei der Vorbereitung der Bundestagswahl. Insgesamt 120 Delegierte aus den Stadt- und Gemeindeverbänden, die abhängig von der Mitgliederzahl der Verbände gewählt werden, nehmen die Nomi-

nierung vor. Der CDU-Kreisvorstand hat einstimmig beschlossen, die Vertreterversammlung digital durchzuführen. Am 28. April 2021 findet diese Versammlung per Videokonferenz statt. Im Vorfeld und spätestens in dieser Veranstaltung können sich Interessierte noch bewerben. In der Vertreterversammlung wird die Bewerberliste geschlossen. Der Stimmzettel wird anschließend per Post versendet, die Wahl findet dann als Briefwahl statt. Unter notarieller

Aufsicht werden die Stimmzettel ausgezählt. Das Wahlergebnis wird anschließend wieder in einer digitalen Versammlung bekanntgegeben. Unser Bundestagsabgeordneter Wilfried Oellers hat seine erneute Bewerbung für die Kandidatur bereits erklärt. Die Union HS hat hierüber berichtet. **Bernd Krückel**

Abgeordnete kritisieren Mittelverteilung beim „1000-Bahnhöfe-Programm“

„Das „1000-Bahnhöfe-Programm“ des Bundesverkehrsministeriums soll dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen bei kleinen Bahnhöfen ermöglichen.

Die Mittelzuteilung hierfür ist, je nach Bundesland, sehr unterschiedlich ausgeprägt. So bekommt das Bundesland Bayern für 25 Sanierungsmaßnahmen der insgesamt 111 zur Sanierung anstehenden Bahnhöfe bundesweit einen Mittelzuschuss in Höhe von 154,8 Millionen Euro zugesprochen, das Land Nordrhein-Westfalen für 29 Bahnhöfe allerdings weitaus weniger, nämlich 50,1 Millionen Euro. Während in Bayern schon 2020 begonnen wurde, die geplanten Maßnahmen umzusetzen, wird es in Nordrhein-Westfalen erst 2022 losgehen. Die aktuelle Presseberichterstattung war Grund genug für die Heinsberger Bundestags- und Landtagsabgeordneten Wilfried Oellers, Bernd Krückel und Thomas Schnelle, die Mittelzuweisung des Bundesverkehrsministeriums noch einmal kritisch zu hinterfragen.

Wilfried Oellers MdB: „Es ist schon auffällig, dass das Land Bayern mit weniger Sanierungsprojekten eine dreimal höhere Unterstützung bekommt als Nordrhein-Westfalen. Es geht nicht darum, eine Neiddebatte unter den Ländern anzufachen, sondern eine gerechtere Lösung zu finden.“ Die Bahnhöfe - nicht nur im Kreis Heinsberg sondern in Nordrhein-Westfalen insgesamt - seien häufig in einem beklagenswerten Zustand. „Als Behindertenbeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es mir natürlich ein besonderes Anliegen, dass möglichst überall und zügig



Bernd Krückel, Wilfried Oellers und Thomas Schnelle sind mit der Mittelverteilung zur Sanierung der Bahnhöfe nicht einverstanden.

Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit an den Bahnhöfen ergriffen werden.“ Diese Maßnahmen kosten viel Geld und benötigen einen enormen organisatorischen Aufwand. Es sei also umso dringlicher, die Arbeiten an den kleineren Stationen in Angriff zu nehmen, um Mobilität für alle Menschen zu gewährleisten

Der Landtagsabgeordnete Bernd Krückel erklärte: „Es ist für uns in Nordrhein-Westfalen nicht zu akzeptieren, dass der Bundesverkehrsminister derartig mehr Finanzmittel nach Bayern lenkt als in andere Bundesländer. NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) hat seit 2017 so viele Projekte baureif gemacht, dass Nordrhein-Westfalen nicht so benachteiligt werden kann.“ Der Landtagsabgeordnete Thomas Schnelle sieht die Notwendigkeit, anstehende und auch mittelfristig absehbare Modernisierungsmaßnahmen im Kreis Heinsberg frühzeitig in den Blick zu

nehmen. „Wir sehen bei den Bahnhofs-sanierungen, wie langwierig Planung und Umsetzung der Maßnahmens ein können.

Am Bahnhof in Baal ist erst in diesem Jahr der Einbau eines Aufzugs abgeschlossen worden. Der Wunsch dieser Modernisierung ist allerdings schon vor 20 Jahren an die zuständigen Stellen formuliert worden.“ Die Umsetzung der Modernisierungsmaßnahmen scheiterte letztlich häufig am Vorhandensein der entsprechenden Finanzmittel. Eine deutliche finanzielle Besserstellung und Bevorzugung einzelner Bundesländer sei das falsche Signal, so die drei Abgeordneten: „Es ist uns ein wichtiges Anliegen, gerade bei solch einer offensichtlich unterschiedlichen Bewertung, uns für einen Ausgleich einzusetzen. Letztlich käme dies dem Land Nordrhein-Westfalen und natürlich auch dem Kreis Heinsberg zugute.“

Redaktionsteam Union HS

SABINE VERHEYEN

EUROPA - WEIL'S GEMEINSAM BESSER GEHT



Erasmus+: neue Programmgeneration und hilfreiche App

Erasmus+ ist eine europäische Erfolgsgeschichte. Das EU-Programm ermöglicht es Europäerinnen und Europäern im Ausland zu studieren, sich weiterzubilden, Berufserfahrung zu sammeln oder Freiwilligenarbeit zu leisten.

Damit ein Auslandsaufenthalt mit Erasmus+ nun noch einfacher wird, gibt es seit Januar dieses Jahres eine neue Erasmus+ App. Dadurch wird sichergestellt, dass Lernende in ganz Europa möglichst einfach und schnell auf Informationen zu den Mobilitätsangeboten des Erasmus+-Programms zugreifen können. Die App ist zudem eine Unterstützung bei der Planung sowie während des gesamten Auslandsaufenthalts.

Zu den Funktionen der App gehören Schritt-für-Schritt-Anleitung durch den Mobilitätsprozess, Tipps und Geschichten zur Unterstützung mobiler Studierender, sowie Studierendenangebote, Dienstleistungen und Veranstaltungen, die das Engagement mit interkulturellen Aktivitäten und Menschen aus lokalen Gruppen fördern. Man darf zudem gespannt bleiben, denn 2021 sind noch viele weitere Funktionen geplant. Die erste Version der neuen App kann aktuell in Google Play, im Apple App Store oder online heruntergeladen werden. Mehr Informationen zur App sowie Tipps für den Auslandsaufenthalt gibt es auf der Website www.erasmusapp.eu.

Da 2021 eine neue siebenjährige Programmgeneration von Erasmus+ startet, stehen zudem einige Änderungen an der Ausgestaltung des Programms an. Als Vorsitzende des Kultur- und Bildungsausschusses im EU-Parlament war ich an den Verhandlungen über diese neue Programmgeneration ganz maßgeblich beteiligt. Erst im Dezember letzten Jahres haben wir auf europäischer Ebene eine

vorläufige Einigung dazu erzielt. Dabei ist es uns als EU-Parlament gelungen, 2,2 Milliarden Euro zusätzlich für das neue Erasmus+-Programm durchsetzen – das entspricht der Finanzierung eines Jahres im Rahmen des vorherigen Erasmus+-Programms und ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Investitionen in Bildung und Ausbildung. Insgesamt stehen in Zukunft damit mehr als 26 Milliarden Euro zur Verfügung. Zum Vergleich: im vergangenen Programm waren es 14,7 Milliarden Euro. Damit können wir die Erfolgsgeschichte von Erasmus+ fortschreiben. Auf Initiative des EU-Parlaments gibt es im neuen Programm zudem bessere Möglichkeiten für erwachsene Lernende. So können Europäer, die in Programmen der Erwachsenenbildung eingeschrieben sind – z.B., um digitale Fähigkeiten zu erlernen oder Kurse zur beruflichen sowie persönlichen Entwicklung zu besuchen – ab 2021 an Mobilitätsprogrammen teilnehmen. Besonders erfreulich ist in meinen Augen, dass das neue Erasmus+ Programm inklusiver wird. So bestanden wir als EU-Parlament darauf, mehr Menschen mit geringeren Möglichkeiten die Teilnahme am Programm zu ermöglichen, unabhängig davon, ob die Benachteiligung auf eine Behinderung, Armut, einen abgelegenen Standort, Migrationshintergrund oder

andere Gründe zurückzuführen ist. Darüber hinaus werden die drei erfolgreich angelaufenen EU-Pilotprojekte seit 2018 – DiscoverEU, die Zentren für berufliche Exzellenz und die Europäischen Universitäten – nun unter Erasmus+ angemessen finanziert und fortgeführt. Das Plenum des EU-Parlaments und der Rat müssen dieser vorläufigen politischen Einigung noch final zustimmen – das ist in der Regel jedoch nur Formsache.

In meinen Augen ist Erasmus+ schon lange weit mehr als nur der europäische Austausch von Studierenden, Auszubildenden und Jugendlichen. Erasmus+ fördert die Bildung einer europäischen Identität – jeder, der einmal an dem Programm teilgenommen hat, ist und bleibt Europäer. Ich hoffe daher sehr, dass, sobald sich die Situation um das Coronavirus entschärft hat, Auslandsaufenthalte wieder wie gewohnt stattfinden können. Und umso mehr freue ich mich, dass wir mit dem neuen Programm auf unsere bisherigen Erfolge aufbauen können und mit der Erasmus+ App ein neues Werkzeug an der Hand haben, das die Auslandsaufenthalte vereinfacht.

Ihre Europaabgeordnete

Sabine Verheyen

So erreichen Sie Sabine Verheyen:

Europabüro Aachen

Monheimsalle 37

52062 Aachen

Tel.: 0241 - 5600 6933/34

Fax: 0241 - 5600 6885

E-Mail: sabine.verheyen@ep.europa.eu

Mitarbeiter: Sandra Esser

Eva-Maria Leitner

Europabüro Brüssel

Rue Wiertz SPINELLI 15E202

B 1047 Brüssel

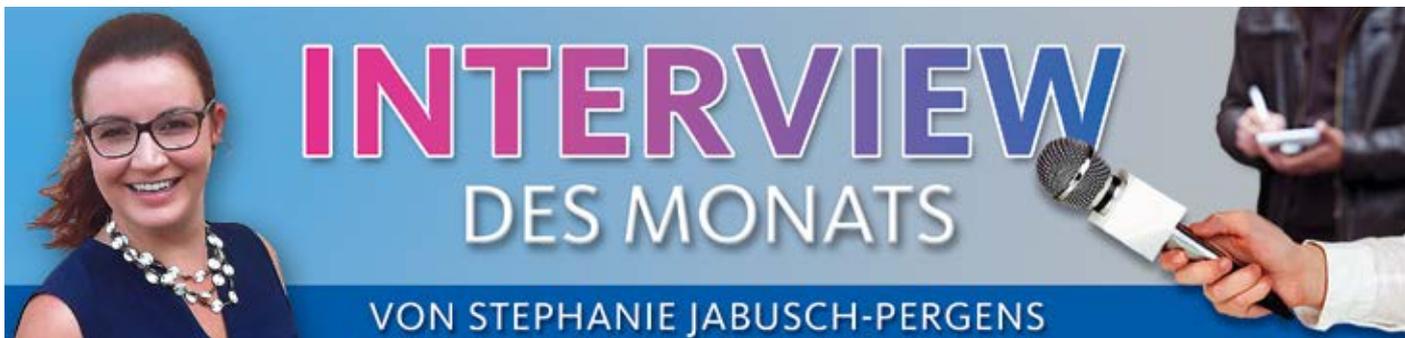
Tel.: 0032 228 37299/47299

Fax: 0032 228 49299

E-Mail: sabine.verheyen@ep.europa.eu

Mitarbeiter: Katharina Bertl

Jill Maassen



Impfchaos oder Bürokratie-Utopie?

Landrat Stephan Pusch steht Stephanie Jabusch-Pergens im Interview Rede und Antwort zum Thema Impfstrategie/ Impfzentrum und Teststrategie.

Frage: „Hallo Stephan, danke, dass du dir für unser Interview Zeit nimmst! Du hast in der Pandemie vor allem zum Thema „Aufklärung der Bevölkerung“ mit deinen Videos viel beigetragen. In einem der letzten Videos hast du die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein kritisiert. Wie ist es seitdem im Impfzentrum gelaufen?“

Antwort: „Anfangs, als die Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein nicht mit uns zusammengearbeitet hat, hatten wir wenige Einblicke in das tägliche Geschehen am Impfzentrum. Doch schließlich haben sie, die Impfärzte und die Einrichtung vor Ort mit uns zusammen gearbeitet.“

Durch die neue Zusammenarbeit konnte unter anderem ein Konzept zur optimierten Beschaffung und Verwendung anhand der bundesweit bekannten Impfreiheitenfolge erarbeitet werden, sodass zum Beispiel die Restimpfungen am Abend auch an die Personen gehen, die nach den Vorgaben der Coronaimpfverordnung an der Reihe wären.

Alles passiert natürlich in enger Abstimmung mit unserem Gesundheitsamt. Nur, wenn diese kurzfristig nicht aufgetrieben werden können, werden Mitarbeiter/innen des Rettungsdienstes oder die Polizei informiert und ein Impfangebot gemacht.

Es wird also nicht willkürlich geimpft und damit ist sichergestellt, dass kein Impfstoff verfällt. Wir konnten beispielsweise die Schutzpolizei des Kreises Heinsberg bereits fast vollständig impfen!“



Landrat Stephan Pusch

Frage: „Das ist doch schon mal eine gute Nachricht! Also wird hier kein Impfstoff vernichtet?“

Antwort: „Nein, das versuchen wir mit unseren abgestimmten Maßnahmen zu verhindern.“

Frage: „Ist es denn zur missbräuchlicher Verwendung von Impfstoff gekommen? Also konkret: Wurden Personen geimpft, die nach aktueller Coronaschutzverordnung noch nicht dran waren?“

Antwort: „Das kann ich definitiv - für Impfungen in den einzelnen Einrichtungen - nicht ausschließen. Wir hatten zu Beginn der Impfkampagne keinen Einblick, wer wann geimpft wurde. Dies ist aber durch die Zusammenarbeit spätestens abgestellt worden! Im Impfzentrum hat es also keine Verstöße gegen die Impfreiheitenfolge gegeben.“

Frage: „Wurdest du denn schon geimpft?“

Antwort: „Nein, ich bin ja noch nicht dran. Die Impfverordnung sieht zuerst die Risikopatienten vor, und dazu zähle ich nicht.“

Frage: „Jetzt hast du ja zurzeit nicht viel Handlungsspielraum für eine kreisweite Strategie im Kampf gegen Corona. Trotzdem hast du auf eigene Faust die Selbsttests für Schulen organisiert. Dies führte leider zu einigem Unmut bei den Betroffenen. Warum?“

Antwort: „Tja, das ist eine schwierige Sache. Eigentlich ist die Intention dahinter, dass SchülerInnen und LehrerInnen sich hierdurch sicherer in der Schule fühlen sollen. Doch die Betroffenen hatten Probleme diese Testabläufe in den Alltag zu integrieren. Wir hoffen, dass diese Bedenken inzwischen ausgeräumt wurden.“

Frage: „Also hältst du viele Tests für angebracht?“

Antwort: „Auf jeden Fall! Wir konnten zwar die Totenzahlen bundesweit reduzieren, aber Corona ist noch nicht vorbei! Ich bin ein Verfechter der Philosophie: Lieber einmal zu viel, als einmal zu wenig getestet. Daher bin ich auch froh, dass es nun bundesweit mehr Tests geben soll. Das ist meiner Meinung nach auch dringend nötig.“

Frage: „Wo wir gerade bei den LehrerInnen sind: Wie läuft die Impfung der ErzieherInnen und GrundschullehrerInnen?“

Antwort: „Diese Berufsgruppen wurden über die Einrichtungen angeschrieben. Sie konnten z.B. auf unserer Website einen Impftermin vereinbaren und dann dürften die meisten Impfwilligen in den nächsten drei Wochen zumindest das erste Mal geimpft worden sein.“

Frage: „Was sind deine aktuellen Projekte im Zusammenhang mit der Impfung und Teststrategie?“

Antwort: „Gleich nach unserem Gespräch telefoniere ich noch mit den Landräten unserer Region.

Wir wollen bewirken, dass die Grenzkreise, wie zum Beispiel Euskirchen, Viersen und natürlich wir, einen Impfstoffbonus erhalten, da wir als Grenzregionen einer höheren Gefährdungslage ausgesetzt sind.“
(Anm.d.Red.: Diese Impfstoffe wurden

inzwischen von der Landesregierung zugesagt.)

Vielen Dank für deine Antworten und weiter viel Erfolg bei der Bekämpfung! Und wie sagst du zum Abschluss deiner Nachrichten immer.....#hsbestrong!

4.000 Teilnehmer bei Onlineseminaren

Auch in Pandemiezeiten versteht sich die Kommunalpolitische Vereinigung NRW als Servicestelle für alle kommunalpolitisch Interessierten und insbesondere für die kommunalen Mandatsträger.

So bietet sie weiterhin von der kommunalrechtlichen Beratung über Informationen und Materialien, wie den bewährten Handreichungen für die Praxis bis hin zum Coaching für Einzelpersonen, ihre Leistungen an. Insbesondere sind hier die Bildungsseminare des KPV-Bildungswerkes zu nennen, die in Coronazeiten als Onlineveranstaltungen

angeboten werden und so bequem von zuhause aus wahrgenommen werden können. Rund 120 Onlineseminare und -schulungen hat die KPV-NRW in den vergangenen zwölf Monaten veranstaltet. Die angebotenen Themen reichen von der „Leitung von Videokonferenzen“ über „Kompetenzen von Ausschussvorsitzenden“ bis zu „Politische Kommunikation in Fraktion, Rat und Ausschuss“ und dem Klassiker „Fit fürs Mandat“. Bereits etwa 4000 Teilnehmer nahmen an diesen Onlineveranstaltungen teil. Deshalb wird die KPV auch nach der Pandemie am Format



„Onlineseminare“ festhalten. Dann wird es aber auch wieder Präsenzseminare geben, die beispielsweise für Themen wie „Rhetorikschulungen mit praktischen Übungen“ nötig und sinnvoll sind. Einen Gesamtüberblick über das Angebot der KPV mit den aktuellen Seminarangeboten finden Interessenten unter www.kpv-nrw.de. **Erwin Dahlmanns**

Mit Kreativität den Handel unterstützen

Zum Frühlingserwachen ist die CDU Gangelnt mit einer neuen Gutscheinkampagne da!

Die besten Beiträge zum Thema „Frühjahr“ werden mit Gutscheinen von

örtlichen Händlern, Gastronomen und Freizeitaktivitäten belohnt! Damit soll auch - pünktlich zu Beginn der Öffnungen - die heimische Wirtschaft angekurbelt werden.

Sei dabei und lass dich verwöhnen! Einsendungen bis zum 30. April unter der unten aufgeführten Nummer oder via Facebook/Instagram.

Deine CDU Gangelnt

WAS IST DAS FRÜHJAHR 2021 FÜR SIE ?

MACHEN SIE MIT UND ÜBERRASCHEN SIE UNS !

Machen Sie mit, per Bild oder Text - in Form von Reimen und / oder Gedichten - und gewinnen Sie Gutscheine unserer örtlichen Händler, Gastronomen oder von Freizeitaktivitäten. Senden Sie Ihre Beiträge an: **0157 - 77 59 17 67**

Bereichern Sie unsere Medien und gehen Sie auf Fotojagd

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

durch die Veränderungen bei der Union HS, aber auch in digitalen Formaten und in den sogenannten sozialen Medien, haben wir die Möglichkeit, mehr und qualitativ bessere Bilder zu verwenden. Um mehr markante Gebäude, unsere schöne Natur oder auch tolle Pflanzen- und Tierbilder in unsere Veröffentlichungen mit aufzunehmen, starten wir diesen Fotowettbewerb. Wir laden Sie ein, digitale Fotos mit Motiven aus dem Kreis Heinsberg an die Union HS zu senden! Unter allen Teilnehmern verlosen wir drei Geldpreise in Höhe von 150, 100 und 50 Euro. An der Verlosung nimmt jeder Absender teil. Wir nehmen keine Prämierung vor. Einsendeschluss ist der 30. Juni 2021. Ausgewählte Fotos werden in einer der späteren Ausgaben der Union HS in einer Collage veröffentlicht.

Teilnahmebedingungen:

Sie senden Ihre Fotos an m.schmitz@cdu-kreis-heinsberg.de. Die Fotos müssen eine hohe Pixelzahl haben. Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass die Fotos, ggf. auch ohne Nennung des Fotografen, in der Union HS oder in anderen Medien der Kreispartei und der Abgeordneten verwendet werden. Aus Gründen des Datenschutzes können wir keine Fotos berücksichtigen, auf denen Personen erkennbar abgebildet sind.

Wir freuen uns darauf, markante Bauwerke, historische Gebäude, tolle Bilder aus der Natur oder einfach Ihren Lieblingsschnappschuss zu sehen.

Danke für Ihre Teilnahme.

Ihr Bernd Krückel



UNION HS

TERMINE 2021

KREIS

CDU-Kreis Heinsberg - „Kirche im Lockdown“

Freitag, 09.04.2021, 19.30 Uhr, digital

Referent: Propst Markus Bruns

Anmeldung erforderlich unter:

m.schmitz@cdu-kreis-heinsberg.de

Interessenten können aber bereits im Vorfeld

Fragen an unseren Referenten Propst Bruns

per E-Mail an die Kreisgeschäftsstelle senden.

CDU-Kreisvertreterversammlung zur Aufstellung des Bundestagskandidaten

Mittwoch, 28.04.2021, 19.30 Uhr, digital

Vertreter erhalten Einzeleinladung

STV Erkelenz:

CDU-STV Erkelenz - Bekanntgabe der Wahlergebnisse

Dienstag, 06.04.2021, 19.00 Uhr, digital

Mitglieder erhalten Einwahldaten

GV Gangelt:

CDU-GV Gangelt - Bekanntgabe der Wahlergebnisse

Donnerstag, 15.04.2021, 19.00 Uhr, digital

Mitglieder erhalten Einwahldaten

GV Selfkant:

CDU-GV Selfkant - Bekanntgabe der Wahlergebnisse

Mittwoch, 07.04.2021, 19.30 Uhr, digital

Mitglieder erhalten Einwahldaten

GV Waldfeucht:

CDU-GV Waldfeucht - Bekanntgabe der Wahlergebnisse

Dienstag, 13.04.2021, 20.00 Uhr, digital

Mitglieder erhalten Einwahldaten

SEN: SEN-Kreisvorstand

Dienstag, 13.04.2021, 16.00 Uhr, digital

SEN: SEN-STV Erkelenz - Mitgliedertreffen

Dienstag, 20.04.2021, 16.00 Uhr,

Café Kö

(wenn möglich, ansonsten Videokonferenz)

AK:

Vorschau: Arbeitskreis Reise:

03. – 08.06.2021

Auskunft erteilt Rosemarie Gielen

Telefon: **0 24 54 - 14 36**